

## VOVES-WIRTSCHAFTSPROGRAMM

# Vom Saulus zum Paulus

Eine Reichensteuer soll her! Der steirische Landeshauptmann Voves macht in den Zeitungen vollmundige Versprechungen. Sein Verhalten im Landtag sieht aber anders aus.

Immer wieder forderte die KPÖ im Landtag Entlastungsmaßnahmen für die Bevölkerung:

- Rückkauf der Estag. Damit hätte das Land wieder Einfluß auf die Energiepreise. Wurde beschlossen, aber nicht umgesetzt.

- Eine Reichensteuer bzw. Vermögenssteuer.

- Das Rückgängigmachen der Privatisierung der Post und damit Ausdünnen der Infrastruktur des Landes.

- Stärkere Besteuerung der Glücksspielkonzerne. Wurde abgelehnt obwohl direkte Landeskompetenz.

- Eine Steiermark-Holding, die unter Kontrolle des Landes Arbeitsplätze schafft.

All das findet sich nun im neuen Wirtschaftsprogramm von SPÖ-Landeshauptmann Franz Voves.

Aber wenn es ums Abstimmen im Landtag geht, ist die SPÖ mit Voves fallweise sogar gegen die eigenen Vorschläge.



LABg. Werner Murgg (KPÖ) will im Landtag den Wandel von LH Voves hin zu KPÖ-Vorschlägen testen.

Die KPÖ will nun die Probe aufs Exempel machen und alle von der SPÖ abgelehnten Anträge, die sich nun im SP-Wirtschaftsprogramm finden, erneut einbringen, sagt KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg: „Wir laden die SPÖ ein, ihre Vorschläge mit uns umzusetzen, die nötige Mehrheit ist vorhanden!“



### Mutter Theresa-Statue

Der Förderverein Mutter Theresa Graz bittet um Spenden für eine Mutter Theresa-Statue, die am Schloßbergplatz aufgestellt werden soll, falls die Finanzierung durch Spenden gelingt. Sie wäre ein schönes Zeichen in der Menschenrechtstadt Graz. Die 1,6 m große Statue der seliggesprochenen Friedensnobelpreisträgerin kostet 48.000 Euro.

**Spendenkonto: BAWAG PSK, BLZ 14000, Konto-Nr. 86.210.046.170. Info: (0650) 96 20 717.**



### MEINUNG

Ernest Kaltenegger,  
KPÖ-Klubobmann im Landtag

## Nur die Taten zählen!

Die arbeitenden Menschen tragen die Hauptlast der Wirtschaftskrise. Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit, Verzicht auf Sozialleistungen und sogar Lohnkürzungen stehen Vielen ins Haus. Da der Unmut in der Bevölkerung wächst, fürchten auch etliche Politiker um ihre Positionen. Auf einmal werden Rufe nach einer stärkeren Besteuerung der Reichen laut, selbst von jenen, die in der Vergangenheit rein gar nichts in diese Richtung getan haben.

Auch Landeshauptmann Voves hat plötzlich die Vermögenden im Visier. Leider nur dort, wo er selbst keine Zuständigkeit hat. Die Bundesregierung solle endlich Maßnahmen für eine gerechtere Besteuerung beschließen. Tut sie es nicht, dann kann er weiter, wenigstens bis zur nächsten Landtagswahl, publikumswirksam poltern.

Dort wo der Landeshauptmann selbst etwas bewirken könnte - ohne auf die Wiener Zentralstellen angewiesen zu sein - schaut die Sache ganz anders aus: Als die KPÖ beispielsweise bereits 2006 im Landtag eine höhere Besteuerung der profitablen Glücksspielkonzerne beantragte, blockte die SPÖ gemeinsam mit der ÖVP ab. Bis heute! Dabei bräuchte man sich in diesem Fall nicht auf den Bund auszureden, da hier das Land die Entscheidungsbefugnis hat. Hätte die SPÖ dem KPÖ-Antrag zugestimmt, wäre im Landtag auch die erforderliche Mehrheit vorhanden. Also, Herr Landeshauptmann, lassen Sie doch ihren Worten vielleicht auch einmal Taten folgen!

Ernest Kaltenegger,  
0316 / 877 5104  
stadtblatt@kpoe-graz.at

**Friedhöfe privat?** Die Friedhöfe sollen privatisiert werden, so ein Gesetzesentwurf. Die KPÖ ist gegen diese Geschäftemacherei. Was passiert etwa, wenn der Privatbetreiber in Konkurs geht?

